

Mehr als Urkunde und Händedruck Möglichkeiten einer Anerkennungskultur

Es bedarf in der Gesellschaft eines Konsenses, der freiwillig erbrachte Leistung mit Dank anerkennt. Aber auch die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement können Anerkennung bedeuten. Sie bezeugen das Vertrauen in diese gesellschaftliche Kraft und können es befördern. Daher ist Bürokratieabbau ebenso ein Bestandteil einer Anerkennungskultur, wie eine stärkere Berichterstattung über freiwilliges Engagement in den Medien. Aber eine Anerkennungskultur kann nicht verordnet werden, sondern sie muss wachsen.

Nicht nur als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag, sondern auch als Engagierter in vielen Vereinen und Initiativen plädiert **Klaus Riegert** MdB in seinem Meinungsbeitrag für eine Kultur der Anerkennung. Sie begründet sich in der Familie und wird im Bildungssystem als fester Erziehungsauftrag weitergegeben.

Januar 2007



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgegeben von
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Arbeitsgruppe Innenpolitik
10907 Berlin

Wolfgang Hilberer
Tel. +49 30 26996-3507
Fax +49 30 26996-3551
Email wolfgang.hilberer@kas.de
Internet <http://aktive-buerger.kas.de>

Mehr als Urkunde und Händedruck Möglichkeiten einer Anerkennungskultur

Klaus Riegert MdB

Die seit Mitte der 90iger Jahre öffentlich geführte Diskussion über Wert und Bedeutung ehrenamtlichen Engagements von Millionen Bürgerinnen und Bürgern scheint sich auszuzahlen, zumindest ist ein Wandel in der Wahrnehmung des Engagements und dessen Bedeutung für unser Gemeinwesen festzustellen. Die Zahl der Publikationen über ehrenamtlich Tätige und deren Engagement hat rapide zugenommen, auch die Wissenschaft hat sich des Themas angenommen. Der Deutsche Bundestag hat sich in der 14. Legislaturperiode in einer Enquetekommission mit der „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ befasst und Handlungsempfehlungen erstellt. In der 15. und der laufenden Legislaturperiode sollte und soll der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ prüfen, welche Handlungsempfehlungen umgesetzt werden und zu einer strukturellen Verbesserung der Bedingungen für ehrenamtliches Engagement in Deutschland führen können. Diese Aktivitäten sind zu begrüßen, sie haben ehrenamtliches Engagement aus dem Nischendasein herausgeholt und sind zumindest äußere Zeichen, dass die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen wahrgenommen wird.

Anerkennungskultur muss wachsen

Einhergehend mit diesem Wahrnehmungswandel haben sich Ehrungen und Auszeichnungen, die Gründungen von Stiftungen, Initiativen und Agenturen vervielfacht. Ein Blick ins Internet genügt, um sich über die lokale, regionale und auch bundesweite Vielfalt der Formen von Anerkennungen und Neugründungen zu informieren; ohne Zweifel erkennbare und sehr begrüßenswerte Fortschritte.

Alle äußeren Anerkennungen und Wertschätzungen – mögen sie noch so positiv sein – machen noch keine Anerkennungskultur aus. Sie muss auf einem gemeinsamen Konsens aller gesellschaftlichen Bereiche beruhen, vor allem derjenigen, die durch



ehrenamtliches Engagement erwachsene Leistungen wie selbstverständlich ohne Gegenleistung entgegennehmen und Dank und Anerkennung vermissen lassen. Sie muss sich auf immaterieller Wertschätzung gründen, materielle Zeichen und Zuwendungen können und sollen diese ergänzen.

In unserer überwiegend auf äußere kommerzielle Dinge bedachten Gesellschaft scheint ein Händedruck und Dankeschön häufig als zu geringe Wertschätzung und immer weniger gefragt, nicht mehr „in“ zu sein. Dabei drückt diese Art der Zuwendung eine sehr hohe Wertschätzung aus, insbesondere wenn sie spontan erfolgt: vom Kind und Jugendlichen, der begeistert mitmacht und dem Betreuer zeigt, dass es ihm Spaß und Freude bereitet. Ist das strahlende Gesicht eines Menschen mit Behinderung, der im Rollstuhl gefahren wird, nicht genug Anerkennung oder die Zufriedenheit eines einsamen Menschen, dem man zur Seite steht? Jeder sollte bei sich selbst mit der Anerkennungskultur beginnen: Dank sagen, Zufriedenheit zum Ausdruck bringen, auch ein kleines Präsent parat haben, wenn man ehrenamtliches Engagement erfährt. Dies ist Anerkennung.

Wir werden Anerkennungskultur nicht verordnen können, sie muss wachsen und leben im Bewusstsein, in den Köpfen der Bürger.

Vielleicht sollten die ehrenamtlich Engagierten einige Monate ihr Engagement einstellen, damit Politik, Wirtschaft und Bürger erkennen, dass es mehr als ein Lippenbekenntnis ist, ehrenamtliches Engagement als unverzichtbares Fundament unseres freien demokratischen Gemeinwesens hervorzuheben, immer häufiger von einer Bürger- oder Zivilgesellschaft zu sprechen, ohne Voraussetzungen und Bedingungen zu nennen, geschweige denn zu schaffen. Ich behaupte, weite Bereiche unseres kulturellen, sportlichen und sozialen Lebens würden wegbrechen, Feuerwehr und Katastrophenschutz würde nicht mehr funktionieren. Als bezahlte Arbeit könnten wir uns vieles nicht mehr leisten, vor allem nicht in dieser hohen Qualität. Vielleicht beginnen wir dann ernsthaft über ehrenamtliches Engagement nachzudenken und werden uns dessen Bedeutung für unser Gemeinwesen bewusst.

In unserer weitgehend auf Individualität und wirtschaftlichen Erfolg ausgerichteten Gesellschaft werden wir wieder lernen müssen, den Maßstab für Anerkennung und Dank neu zu justieren. Diesen gilt es nicht zu sehr auf den materiellen Erfolg abzu-



stellen, sondern die Bürger im Mittelpunkt unseres Gemeinwesens zu sehen, die sich uneigennützig, unentgeltlich und freiwillig für das Gemeinwesen engagieren.

Aus welchem Grunde auch immer: Es ist erfreulich, dass Politik, Wirtschaft, Medien, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger das Potential, die Stärke und Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für unser Gemeinwesen entdeckt haben; dass die ehrenamtlich Engagierten aus ihrem Nischendasein heraustreten und ihre Forderungen deutlich vertreten.

Bürokratieabbau als Beitrag zu einer Anerkennungskultur

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bei der Einsetzung der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gefordert, dass der Gesetzgeber im Gesetzgebungsverfahren die eventuellen Auswirkungen auf ehrenamtliches Engagement prüfen und darlegen soll, um materielle und bürokratische Belastungen im Vorfeld auszuschließen. Denn überbordende, oftmals nicht nachvollziehende Bürokratie hindert ehrenamtliches Engagement mehr als wir wahr haben wollen. Leider wurde das Anliegen durch die damalige Bundesregierung nicht umgesetzt.

Der Staat hat dennoch die große Chance, die nach wie vor positive Grundstimmung von Bürgern, die sich für den Gemein Sinn engagieren wollen, aufzunehmen. Nur sollte er seinen Ankündigungen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse endlich Taten folgen lassen. Er sollte den Mut aufbringen, sich auf seine wesentlichen Aufgaben zu beschränken. Er sollte partikuläre Interessen, Forderungen von Bürgern und deren Erwartungen auch zurückweisen, statt sie in ein immer engmaschiger werdendes Netz allgemeinverbindlicher gesetzlicher Regelungen zu pressen. Vertrauen statt Bevormundung, Stärkung der Entscheidungs- und Entfaltungsmöglichkeiten statt restriktiver behördlicher Kontrollen, Förderung der Bereitschaft zur Selbsthilfe statt staatlicher Reglementierung müssen Handlungsmaxime des Staates sein. Wer mündige Bürger will, muss mehr Initiative und Eigenverantwortung der Bürger zulassen, dies ist Voraussetzung für eine Anerkennungskultur.

Die Bürger müssen andererseits bei ihrer Forderung nach weniger Bürokratie ihre Erwartungshaltung an den Staat deutlich zurücknehmen. Es passt nicht zusammen, Abbau von Vorschriften zu fordern und bei gegebenem Anlass gleichzeitig neue Re-



gelungen oder mehr Fürsorge einzufordern. Die Forderung nach mehr Eigeninitiative und der Wunsch nach mehr Eigenverantwortung sind nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem Ruf nach weiteren staatlichen Regelungen.

Den Versorgungsstaat in eine Bürgergesellschaft zu überführen, ist ein schwieriges Unterfangen. Die Einsicht auf beiden Seiten muss wachsen, dass mit mehr Reglementierung und Einmischung durch den Staat auf Dauer kein Staat zu machen ist. Das Prinzip der Subsidiarität muss das Verhältnis von Staat und Bürger bestimmen und konstruktiv angewendet werden. Dies gilt in gleichem Maße für die Länder, insbesondere für die Kommunen, da sich ehrenamtliches Engagement weitgehend im lokalen Bereich abspielt.

Weniger Bürokratie, weniger Reglementierung heißt mehr Vertrauen in die Fähigkeiten und Leistungen der Bürger, heißt mehr Anerkennung. Weniger Bürokratie kann es aber nur geben, wenn Bürger bereit sind, die Verantwortung, die sie einfordern, auch selbst zu tragen.

Die Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hat zahlreiche Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet, die materielle Verbesserungen beinhalten und zu mehr Anerkennung der Leistungen des Einzelnen führen.

Seit 1990 sind die steuerlichen Rahmenbedingungen für Vereine, Organisationen und Verbände unangetastet geblieben. Sie sollten den gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen angepasst werden. So könnten u.a. durch eine Anhebung der Besteuerungsgrenzen, durch vereinfachte Kontrolle der Mittelverwendung, vermehrte Festbetrags- und Anteilsfinanzierung, durch Vereinfachungen im Zuwendungs- und Stiftungsrecht ehrenamtlich Tätige von Bürokratie entlastet werden. Dies wäre Anerkennung der geleisteten Arbeit.

Gewählte ehrenamtliche Vorsitzende und Vorstandsmitglieder gemeinnütziger Vereine, Verbände und Organisationen sollten gegenüber dem Finanzamt den entstandenen Aufwand pauschal geltend machen können. Es zeugt von Misstrauen, wenn gerade denen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen, die Pauschalierung verweigert wird und durch das Ehrenamt entstehende Kosten wie Telefonate, Schriftwechsel und Fahrten einzeln abgerechnet und gegenüber dem Finanzamt belegt



werden müssen. Dem Staat sollte die Ausübung eines solch verantwortungsvollen Ehrenamtes die Anerkennung in Form einer Pauschale wert sein.

Tägliches Umfeld prägt Anerkennungskultur

Nirgends werden persönliche Bindungen und Hilfen für den Nächsten so unmittelbar erfahren, nirgends werden Verständnis, Einsicht, Toleranz, Verantwortungsbeusstsein, Rücksichtnahme, Dankbarkeit und Wertschätzung in natürlichem Umgang so erprobt und gefestigt wie in Familien. Hier kann eine Anerkennungskultur eingeübt, erfahren und gelebt werden und sich im täglichen Leben in der Familie beweisen. Die Leistungen, den Wert des anderen zu akzeptieren, zu tolerieren, zu erkennen und anzuerkennen sind Tugenden und Erfahrungen, die für ein Leben prägen. Das Dankeschön gehört auch dazu. Dies alles sind Voraussetzungen für eine Kultur des Anerkennens. Hier gibt es erhebliche Defizite.

Die Förderung des gemeinschaftlichen Engagements sollte fester Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsauftrages an unseren Schulen sein. Schüler und Jugendliche sind frühzeitig an eigenverantwortliches und gleichzeitig gemeinwohlorientiertes Handeln heranzuführen. Dies erscheint umso dringlicher, weil früher wirksame traditionelle Bindungen an das Elternhaus oder langfristige Freundschaften abgenommen haben. Wer sich für gemeinsame Anliegen als Klassen- und Schulsprecher engagiert, wer gemeinschaftliche Initiativen ergreift, der sollte dafür Anerkennung erfahren. Das kann beispielsweise durch einen besonderen Hinweis im Zeugnis oder ein Zertifikat, welches das Engagement würdigt, erfolgen. Bei der Bewerbung um eine Lehrstelle oder einen Studienplatz sollte das Engagement entsprechende Anerkennung finden.

Bei Großen Organisationen wie z.B. den Wohlfahrtsverbänden haben sich in den vergangenen Jahren die Strukturen in Richtung Hauptamt stark verschoben. Es erfordert eine hohe Sensibilität, um freiwillig Engagierten nicht das Gefühl zu geben, sie seien Hilfskräfte zur Kompensation von Notständen oder Gehilfen der Administration. Die Handschrift des Ehrenamtes muss deutlich werden, deren Kreativität und Innovation ist durch Übertragung verantwortlicher Tätigkeiten zu nutzen und Möglichkeiten zur Qualifizierung sind zu erweitern.



Wirtschaft und Medien sind gefordert

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten durch Kooperation partnerschaftliche Lösungen anstreben und Freistellungen für bürgerschaftliches Engagement und für Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen und damit gemeinschaftliches Engagement anerkennen.

Im Ehrenamt erworbene Qualifikationen wirken sich in der Regel positiv auf die berufliche Einstellung und Tätigkeit aus und sollten innerbetrieblich stärker gefördert und anerkannt werden. Ehrenamtliche Tätigkeit belebt die Arbeitswelt. Diese Erkenntnis sollte auch bei der Einstellungspraxis berücksichtigt werden. Zu häufig gelangt dies noch zum Nachteil.

Für Menschen in Ausbildung oder Arbeitslose sollte sich ein Hinweis oder Nachweis ehrenamtlicher Tätigkeit bei einer Bewerbung oder Einstellung positiv gegenüber denen auswirken, die gemeinschaftlichem Engagement abseits gegenüberstehen.

Immer mehr Unternehmer und Unternehmen erkennen den Stellenwert unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements und fördern dieses durch finanzielle und personelle Ressourcen. Hier entwickelt sich einiges in Richtung Anerkennungskultur. Die bundesweite Kampagne „für mich, für uns, für alle“, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband initiiert hat und dafür sein Netzwerk zur Verfügung stellt, sei hier beispielhaft für andere Initiativen angeführt.

Medien prägen durch ihre Vielfalt und Verbreitung weitgehend die öffentliche Meinung. Sie sollten dieses „Monopol“ dazu nutzen, vermehrt Beiträge über das freiwillige und unentgeltliche Engagement von nahezu 20 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu bringen, anstatt dieses fast vollständig zu unterschlagen. Die Berichterstattung über ehrenamtliches Engagement sollte in den Medien Kultur werden und denen Anerkennung zollen, die sich freiwillig für unser Gemeinwesen einsetzen und die ermutigen, die noch abseits stehen. Dies wäre ein enorm wichtiger Baustein für eine Anerkennungskultur.



Präsenz in der Öffentlichkeit schafft Wahrnehmung und Anerkennung

Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten an die Inanspruchnahme von Leistungen gewöhnt. Wir haben das Füllhorn von Wohltaten durch den Staat wie selbstverständlich in Anspruch genommen wie auch die Annehmlichkeiten des von Bürgern geleisteten unentgeltlichen Engagements. Wir haben kaum gefragt, woraus und wie dieses Füllhorn gespeist wird und wer die freiwilligen Leistungen erbringt. Wir haben nicht darüber nachgedacht, ob dies ungehindert so weitergehen kann; denn bisher war alles immer steigerungsfähig. Wir werden umdenken müssen. Die Leistungsfähigkeit und Wohltätigkeit des Staates ist an seine Grenzen gestoßen, er hat sie teilweise überschritten. Die Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben ist ausgereizt. Staat und Bürger werden sich auf die eigentlichen Aufgaben einrichten müssen. Es wird nicht ausreichen, die Zukunft der Bürgergesellschaft und deren Eigenverantwortung in Reden zu beschwören, unverzügliches Handeln vor allem des Staates ist erforderlich. Der Staat muss sich auf allen Ebenen und in vielen Bereichen zurücknehmen. Er muss den Bürger von Bürokratie und Abgaben entlasten und ihm dort die Verantwortung zurückgeben, wo er sie direkter und unmittelbarer wahrnehmen kann. Von partikularer Interessenvertretung und Forderungen werden Staat und Bürger Abschied nehmen müssen. Die öffentliche Diskussion über die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements wird diesen Prozess befördern.

Je nach Schätzung engagieren sich 15, 20 vielleicht sogar 22 Millionen Bürgerinnen und Bürger für unser und in unserem Gemeinwesen. Ohne dieses Engagement – und dies ist zu vielen in unserem Land noch nicht bewusst – ist eine freie demokratische Gesellschaft nicht denkbar. Der Staat und immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden in den kommenden Jahren die Bedeutung dieses Engagement für sich selbst und für alle erkennen und auch anerkennen. Dass wir auf dem richtigen Wege sind, zeigt die rapide Zunahme von Ehrungen, Auszeichnungen, Belobigungen, die Bildung von Stiftungen, Initiativen und Freiwilligenagenturen. Sie sind ein positives Zeichen für eine Anerkennungskultur.



Klaus Riegert MdB



Am 26. Februar 1959 in Süssen, Kreis Göppingen, Baden-Württemberg geboren, römisch-katholisch, verheiratet, zwei Kinder. Diplom an der Fachhochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen/Baden-Württemberg, Kriminaloberkommissar

Mitglied der CDU seit 1984:
stellv. Vorsitzender Gesprächskreis Sport der CDU, stellv. Vorsitzender CDA-Bezirksverband Nord-Württemberg, Beisitzer CDU-Bezirksvorstand Nord-Württemberg, Gemeinderat in Süssen bis 1992

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 10. Juni 1992:
sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seit 1994 Mitglied des Fraktionsvorstandes

Mitgliedschaften in Gremien des Bundestages:
Stellvertretender Vorsitz Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, Ordentliches Mitglied Sportausschuss, Ordentliches Mitglied Innenausschuss

Bürgerschaftliches Engagement:
Stifter der Stiftung „Bürger für Bürger“; Vorsitzender des Kreisbehindertenring Göppingen, der Abendrealschule Göppingen Vizepräsident Schwäbischer Turnerbund; Mitglied des Aufsichtsrates Nationale DFB-Kulturstiftung WM 2006 gGmbH; des Kuratoriums und des Lenkungskreises der Initiative für Bürgerengagement „für mich, für uns, für alle“; des Beirates Deutscher Feuerwehrverband; Kreisverein körperbehinderter Kinder und Jugendlicher Göppingen e. V.; Lebenshilfe, Kreisvereinigung Göppingen e. V.; Kinderschutzbund; BUWETU-Verein zur Unterstützung der Diözese Luebo/Kongo

Kontakt

Büro Klaus Riegert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-73453
Fax: 030 / 227-70129
Email: klaus.riegert@bundestag.de
Internet: www.klaus-riegert.de

Nächstes Thema

Von Witwen und Häusern. Soziale Wohnformen in historischer und zukunftsweisender Perspektive: das Modell Lübeck
von Dr. Britta-Juliane Kruse, Joachim Hildebrandt, Angelika Lay-Hildebrandt



Konrad
Adenauer
Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Arbeitsgruppe Innenpolitik
10907 Berlin